

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2019/203472]

23. MAI 2019 — Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten und zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 17. Juli 2003 zur Bestimmung der Rechtsposition des unter Arbeitsvertrag eingestellten Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und bestimmter Einrichtungen Öffentlichen Interesses

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 87 § 1 und 3, ersetzt durch das Sondergesetz vom 8. August 1988;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 54 Absatz 1, ersetzt durch das Gesetz vom 18. Juli 1990;

Aufgrund des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Artikel 102 § 1 Absatz 1;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 17. Juli 2003 zur Bestimmung der Rechtsposition des unter Arbeitsvertrag eingestellten Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses;

Aufgrund der begründeten Stellungnahme des Direktionsrates des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 25. Februar 2019;

Aufgrund des Protokolls Nr. S2/19 des Sektorenausschusses XIX der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 26. Februar 2019;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 11. März 2019;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 12. März 2019;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 65.700/3 des Staatsrates, das am 17. April 2019 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten, zuständig für das Personal;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 - In Artikel 3 § 1 Absatz 2 Nummer 3 des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 19. Januar 2017, wird die Wortfolge "nebengeordneten oder spezifischen Aufgaben" durch die Wortfolge "Aufgaben, die ausschließlich von Vertragsbediensteten wahrgenommen werden und" ersetzt.

Art. 2 - In Artikel 53 Absatz 2 desselben Erlasses wird folgender Satz eingefügt:

"In beiden Fällen muss er seine Entscheidung begründen."

Art. 3 - In Artikel 71 Absatz 11 desselben Erlasses, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. Januar 2017, wird die Zahl "25" durch die Zahl "20" ersetzt.

Art. 4 - Artikel 74 § 2 desselben Erlasses, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. Januar 2017, wird aufgehoben.

Art. 5 - Artikel 87.1 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 5. Juli 2007, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013, wird die Wortfolge "oder einem Vertragsbediensteten" gestrichen.

2. Folgender Absatz 3 wird eingefügt:

"Die Zulage ist an die Schwankungen des Verbraucherpreisindexes gebunden gemäß Gesetz vom 1. März 1977 zur Einführung einer Regelung zur Koppelung gewisser Ausgaben im öffentlichen Sektor an den Verbraucherpreisindex des Königreiches. Angelindex ist 138,01."

Art. 6 - Artikel 99 § 2 desselben Erlasses, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 11. Dezember 2003 und vom 19. Januar 2017, wird aufgehoben.

Art. 7 - Artikel 101 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird folgender Satz eingefügt:

"Der Durchschnitt wird innerhalb einer Referenzperiode von vier Monaten ermittelt."

2. Absatz 2 wird aufgehoben.

Art. 8 - Artikel 103 Absatz 2 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003, wird aufgehoben.

Art. 9 - Artikel 106 § 1 Absatz 2 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. Januar 2017, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 2 wird das Wort "Abwesenheit" durch die Wortfolge "Zeit des Urlaubs" ersetzt.

2. Nummer 7 wird aufgehoben.

Art. 10 - Artikel 169 § 5 Satz 2 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013, wird aufgehoben.

Art. 11 - Artikel 182 Absatz 2 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003, wird aufgehoben.

Art. 12 - Artikel 183 § 2 Absatz 2 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003, wird aufgehoben.

Art. 13 - In Artikel 2 § 1 Absatz 2 des Erlasses der Regierung vom 17. Juli 2003 zur Bestimmung der Rechtsposition des unter Arbeitsvertrag eingestellten Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. Januar 2017, werden folgende Nummern 5 und 6 eingefügt:

"5. bei Einstellungen infolge einer abgeschlossenen Ausbildung im Betrieb, die in Anwendung des Erlasses der Regierung vom 10. September 1993 zur Einrichtung und Regelung eines Systems der Ausbildung im Betrieb zur Vorbereitung der Integration von Personen mit einer Behinderung in den Arbeitsprozess in der betreffenden Einrichtung absolviert wurde;

6. bei Einstellungen infolge einer abgeschlossenen Ausbildung, die in Anwendung des Dekrets vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule im Rahmen einer dualen Erstausbildung in der betreffenden Einrichtung absolviert wurde, unter der Bedingung, dass der Auszubildende seine Ausbildung infolge eines öffentlichen Bewerberauftrags in Bezug auf die Ausbildung in der betreffenden Einrichtung begonnen hat."

Art. 14 - Artikel 6 desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 19. Januar 2017, wird wie folgt ersetzt:

"Art. 6 - Aufgaben, die ausschließlich von Vertragsbediensteten wahrgenommen werden

Zur Wahrnehmung folgender Aufgaben erfolgen ausschließlich Einstellungen unter Arbeitsvertrag:

1. alle im hauswirtschaftlichen Dienst anfallenden Aufgaben;
2. der Empfangs- und Telefondienst;
3. Hausmeisteraufgaben;
4. zeitlich befristete Sonder- oder Projektaufträge;
5. die vom Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewährleisteten Ausbildungen;

6. alle in den Diensten mit getrennter Geschäftsführung 'Medienzentrum' und 'Gemeinschaftszentren' anfallenden Aufgaben."

Art. 15 - In Artikel 9.2 Absatz 2 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 19. Januar 2017, wird die Zahl "25" durch die Zahl "20" ersetzt.

Art. 16 - In Artikel 10 desselben Erlasses werden folgende Absätze 2 und 3 eingefügt:

"Ein Vertragsbediensteter leistet tatsächliche Dienste, solange keine Aussetzung der Ausführung des Arbeitsvertrags vorliegt und er deswegen kein Gehalt bezieht.

In Abweichung von Absatz 2 wird in folgenden Fällen der Zeitraum der Aussetzung als tatsächlicher Dienst berücksichtigt:

1. bei Abwesenheiten im Rahmen einer Geburt wie in Artikel 39 und 42 bis 43bis der Arbeitsgesetzes vom 16. März 1971 vorgesehen;
2. bei Abwesenheit aufgrund einer konzertierten Arbeitsniederlegung;
3. bei Abwesenheit aufgrund einer Laufbahnunterbrechung;
4. bei einem Elternurlaub;
5. bei einer Dienstbefreiung zur Ausübung eines Auftrags;
6. bei den in Artikel 117 des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 vorgesehenen Urlauben."

Art. 17 - Die Überschrift des Kapitels IIIbis wird wie folgt ersetzt:

"KAPITEL IIIbis - ANWENDUNG VERSCHIEDENER STATUTARISCHER REGELUNGEN AUF DIE VERTRAGSBEDIENSTETEN"

Art. 18 - Artikel 12.2 wird wie folgt ersetzt:

"Art. 12.2 - Bewertung

Die Artikel 37 bis 40 des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten finden auf die Vertragsbediensteten Anwendung."

Art. 19 - In das Kapitel IIIbis desselben Erlasses, wird folgender Artikel 12.3 eingefügt:

"Art. 12.3 - Rechte, Pflichten, Unvereinbarkeiten und gleichzeitige Ausübung zusätzlicher beruflicher Tätigkeiten

Die Artikel 88 bis 91 des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 finden Anwendung auf die Vertragsbediensteten."

Art. 20 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 12.4 eingefügt:

"Art. 12.4 - Arbeitszeit

Artikel 101 des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 findet Anwendung auf die Vertragsbediensteten."

Art. 21 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 12.5 eingefügt:

"Art. 12.5 - Arbeitsniederlegung

Artikel 103 des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 findet Anwendung auf die Vertragsbediensteten, wobei die Vertragsbediensteten kein Anrecht auf Auszahlung eines Gehalts für die Zeit der Arbeitsniederlegung haben."

Art. 22 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 12.6 eingefügt:

"Art. 12.6 - Urlaube und Abwesenheiten

Folgende Urlaube und Abwesenheiten, die in Kapitel VIII des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 festgelegt sind, finden Anwendung auf die Vertragsbediensteten:

1. Abschnitt 2 - Jahresurlaub und Feiertage, wobei zur Anwendung von Artikel 106 § 1 Absatz 2 auf die Vertragsbediensteten ebenfalls die Zeit, in der ein krankheitsbedingt abwesender Vertragsbediensteter keinerlei Anspruch auf Lohnfortzahlung hat, bei der Kürzung des Jahresurlaubs berücksichtigt wird;

2. Abschnitt 3 - Urlaub aus bestimmten Gründen;

3. Unterabschnitt 5.2 - Der Adoptionsurlaub;

4. Unterabschnitt 5.3 - Der Elternurlaub;

5. Abschnitt 9: Dienstbefreiung wegen Aus- und Weiterbildung;

6. Abschnitt 10: Bildungsurlaub;

7. Abschnitt 11: Dienstbefreiung zur Ausführung eines Auftrags;

8. Abschnitt 12 - Politischer Urlaub, wobei zur Anwendung auf die Vertragsbediensteten der Arbeitsvertrag für die Perioden des politischen Urlaubs auf Antrag oder von Amts wegen ausgesetzt wird, die jedoch bei der Berechnung des finanziellen Dienstalters berücksichtigt werden;

9. Abschnitt 13: Dienstbefreiung zum Eintritt in den Dienst des Königs oder eines Prinzen oder einer Prinzessin von Belgien;

10. Abschnitt 14: Dienstbefreiung wegen Stillpausen."

Art. 23 - Der bestehende Artikel 13 desselben Erlasses wird in das Kapitel IIIbis eingefügt.

Art. 24 - In das Kapitel IV desselben Erlasses wird folgender Artikel 16.1 eingefügt:

"Art. 16.1 - Übergangsbestimmung - Zusätzliche berufliche Aktivitäten

Artikel 12.3 findet keine Anwendung auf die zusätzlichen beruflichen Aktivitäten, die aufgrund von Vereinbarungen ausgeübt werden, die vor dem 1. Juni 2019 getroffen worden sind. Die betreffenden Vertragsbediensteten teilen der Regierung die zusätzlichen beruflichen Aktivitäten mit und übermitteln ihr die entsprechenden Nachweise bis zum 30. September 2019. Erfolgt die Mitteilung nach Ablauf der Frist, unterliegen die zusätzlichen beruflichen Aktivitäten dem in Artikel 89 des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 angeführten Antragsverfahren.

Absatz 1 findet keine Anwendung, wenn der Vertragsbedienstete bereits vor dem 1. Juni 2019 im Besitz einer gemäß Artikel 89 des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 erteilten Erlaubnis der Regierung ist".

Art. 25 - Vorliegender Erlass tritt am 1. Juni 2019 in Kraft, mit Ausnahme von Artikel 3 und 15, die mit Wirkung vom 1. Januar 2019 in Kraft treten.

Art. 26 - Der für das Personal zuständige Minister ist mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 23. Mai 2019

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:
Der Ministerpräsident
O. PAASCH

—————
TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2019/203472]

23 MAI 2019. — Arrêté du Gouvernement modifiant l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents ainsi que l'arrêté du Gouvernement du 17 juillet 2003 déterminant la position juridique du personnel contractuel du Ministère de la Communauté germanophone et de certains organismes d'intérêt public

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, l'article 87, § 1^{er} et 3, remplacé par la loi spéciale du 8 août 1988;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, l'article 54, alinéa 1^{er}, remplacé par la loi du 18 juillet 1990;

Vu le décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, l'article 102, § 1^{er}, alinéa 1^{er};

Vu l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 17 juillet 2003 déterminant la position juridique du personnel contractuel du Ministère de la Communauté germanophone et de certains organismes d'intérêt public;

Vu l'avis motivé rendu le 25 février 2019 par le conseil de direction du Ministère de la Communauté germanophone;

Vu le protocole n° S2/19 du comité de secteur XIX pour la Communauté germanophone du 26 février 2019;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 11 mars 2019;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 12 mars 2019;

Vu l'avis du Conseil d'État n° 65.700/3, donné le 17 avril 2019, en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2^o, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Sur la proposition du Ministre-Président, compétent en matière de Personnel;

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er}. - Dans l'article 3, § 1^{er}, alinéa 2, 3^o, de l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 19 janvier 2017, les mots « tâches auxiliaires ou spécifiques » sont remplacés par les mots « tâches exclusivement exercées par des agents contractuels et ».

Art. 2. - [Concerne le texte allemand.]

Art. 3. - Dans l'article 71, alinéa 11, du même arrêté, modifié en dernier lieu par l'arrêté du 19 janvier 2017, le nombre « 25 » est remplacé par le nombre « 20 ».

Art. 4. - L'article 74, § 2, du même arrêté, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 19 janvier 2017, est abrogé.

Art. 5. - À l'article 87.1 du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 5 juillet 2007, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans l'alinéa 1^{er}, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 17 janvier 2013, les mots « ou à l'agent contractuel » sont abrogés;

2^o l'article est complété par un alinéa 3 rédigé comme suit :

« L'allocation est liée aux fluctuations de l'indice des prix à la consommation conformément à la loi du 1^{er} mars 1977 organisant un régime de liaison à l'indice des prix à la consommation du royaume de certaines dépenses dans le secteur public. L'indice-pivot est 138,01. »

Art. 6. - L'article 99, § 2, du même arrêté, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 11 décembre 2003 et 19 janvier 2017, est abrogé.

Art. 7. - À l'article 101 du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003, les modifications suivantes sont apportées :

1^o l'alinéa 1^{er} est complété par la phrase suivante :

« La moyenne est calculée sur une période de référence de quatre mois. »;

2^o l'alinéa 2 est abrogé.

Art. 8. - L'article 103, alinéa 2, du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003, est abrogé.

Art. 9. - À l'article 106, § 1^{er}, alinéa 2, du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 19 janvier 2017, les modifications suivantes sont apportées :

1^o le 2^o est remplacé par ce qui suit :

« pour la période de congé pour convenance personnelle; »

2^o le 7^o est abrogé.

Art. 10. - À l'article 169, § 5, du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 17 janvier 2013, la deuxième phrase est abrogée.

Art. 11. - À l'article 182 du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003, l'alinéa 2 est abrogé.

Art. 12. - À l'article 183, § 2, du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 11 décembre 2003, l'alinéa 2 est abrogé.

Art. 13. - L'article 2, § 1^{er}, alinéa 2, de l'arrêté du Gouvernement du 17 juillet 2003 déterminant la position juridique du personnel contractuel du Ministère de la Communauté germanophone et de certains organismes d'intérêt public, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 19 janvier 2017, est complété par les 5^o et 6^o rédigés comme suit :

« 5^o lors d'engagements au terme d'une formation en entreprise qui, en application de l'arrêté du Gouvernement du 10 septembre 1993 instaurant et réglant un système de formation en entreprise en vue de préparer l'intégration professionnelle de personnes handicapées, a été suivie dans l'établissement concerné;

6^o lors d'engagements au terme d'une formation qui, en application du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome, a été suivie dans l'établissement concerné dans le cadre d'une formation initiale en alternance, à condition que l'apprenant ait entamé sa formation à la suite d'un appel public aux candidats relatif à la formation dans ledit établissement. »

Art. 14. - L'article 6 du même arrêté, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 19 janvier 2017, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 6 - Tâches exclusivement exercées par des agents contractuels

Seuls interviennent des engagements dans les liens d'un contrat de travail pour exercer les tâches suivantes :

1^o toutes les tâches relevant du service d'entretien;

2^o le service d'accueil et de téléphonie;

3^o les tâches de concierge;

4^o des missions limitées dans le temps, soit spéciales soit dans le cadre de projets;

5^o les formations dispensées par l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone;

6^o toutes les tâches réalisées dans les services à gestion séparée "Centre des Médias" et "Centres communautaires".

Art. 15. - Dans l'article 9.2, alinéa 2, du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 19 janvier 2017, le nombre « 25 » est remplacé par le nombre « 20 ».

Art. 16. - L'article 10 du même arrêté est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« Un agent contractuel preste des services effectifs tant que l'exécution du contrat n'est pas suspendue, auquel cas, il ne percevrait plus de traitement.

Par dérogation à l'alinéa 2, la période de suspension est considérée comme service effectif dans les cas suivants :

1° les absences liées à une naissance, telles que prévues aux articles 39 et 42 à 43*bis* de la loi sur le travail du 16 mars 1971;

2° l'absence en raison d'une cessation concertée du travail;

3° l'absence dans le cadre d'une interruption de carrière;

4° le congé parental;

5° la dispense de service pour mission;

6° les congés prévus à l'article 117 de l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996. »

Art. 17. - L'intitulé du chapitre III*bis* est remplacé par ce qui suit :

« Chapitre III*bis* - Application de différentes règles statutaires aux agents contractuels »

Art. 18. - L'article 12.2 du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

« Art. 12.2 - Évaluation

Les articles 37 à 40 de l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents s'appliquent aux agents contractuels. »

Art. 19. - Dans le chapitre III*bis* du même arrêté, il est inséré un article 12.3 rédigé comme suit :

« Art. 12.3 - Droits, devoirs, incompatibilités et cumuls

Les articles 88 à 91 de l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 s'appliquent aux agents contractuels.

Art. 20. - Dans le même chapitre, il est inséré un article 12.4 rédigé comme suit :

« Art. 12.4 - Temps de travail

L'article 101 de l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 s'applique aux agents contractuels. »

Art. 21. - Dans le même chapitre, il est inséré un article 12.5 rédigé comme suit :

« Art. 12.5 - Cessation du travail

L'article 103 de l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 s'applique aux agents contractuels, ceux-ci n'ayant pas droit au paiement de leur traitement pour la durée de la cessation du travail. »

Art. 22. - Dans le même chapitre, il est inséré un article 12.6 rédigé comme suit :

« Art. 12.6 - Congés et absences

Les congés et absences suivants, fixés au chapitre VIII de l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996, s'appliquent aux agents contractuels :

1° section 2 - congé annuel de vacances et jours fériés, la période où un agent contractuel absent pour cause de maladie n'a pas droit au maintien de sa rémunération étant également prise en compte pour l'application de l'article 106, § 1^{er}, alinéa 2, aux agents contractuels, en ce qui concerne la réduction du congé annuel de vacances;

2° section 3 - congés de circonstances;

3° sous-section 5.2 - congé d'adoption;

4° sous-section 5.3 - congé parental;

5° section 9 - dispense de service pour formation ou formation continue;

6° section 10 - congé de formation;

7° section 11 - dispense de service pour mission;

8° section 12 - congé politique, le contrat de travail étant suspendu pour l'application aux agents contractuels, à hauteur des périodes du congé politique sur demande ou d'office, lesquelles sont toutefois prises en considération pour calculer l'ancienneté pécuniaire;

9° section 13 - dispense de service pour être mis à la disposition du Roi ou d'un Prince ou d'une Princesse de Belgique;

10° section 14 - dispense de service pour pauses d'allaitement. »

Art. 23. - L'article 13 actuel du même arrêté est inséré dans le chapitre III*bis*.

Art. 24. - Dans le chapitre IV du même arrêté, il est inséré un article 16.1 rédigé comme suit :

« Art. 16.1 - Disposition transitoire relative aux activités professionnelles complémentaires

L'article 12.3 ne s'applique pas aux activités professionnelles complémentaires qui sont exercées en vertu d'accords passés avant le 1^{er} janvier 2019. Les agents contractuels concernés communiquent au Gouvernement les activités professionnelles complémentaires et lui transmettent les preuves y relatives pour le 30 septembre 2019 au plus tard. Si la communication a lieu après l'expiration du délai, les activités professionnelles complémentaires sont soumises à la procédure de demande mentionnée à l'article 89 de l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996.

L'alinéa 1^{er} ne s'applique pas si l'agent contractuel était déjà en possession, avant le 1^{er} juin 2019, d'une autorisation du Gouvernement accordée conformément à l'article 89 de l'arrêté du 27 décembre 1996.

Art. 25. - Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} juin 2019, à l'exception des articles 3 et 15, lesquels produisent leurs effets le 1^{er} janvier 2019.

Art. 26. - Le Ministre compétent en matière de Personnel est chargé de l'exécution du présent arrêté.
Eupen, le 23 mai 2019.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :
Le Ministre-Président,
O. PAASCH

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2019/203472]

23 MEI 2019. — Besluit van de Regering tot wijziging van het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren en tot wijziging van het besluit van de Regering van 17 juli 2003 tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van bepaalde organismen van openbaar nut

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, artikel 87, § 1 en 3, vervangen bij de bijzondere wet van 8 augustus 1988;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, artikel 54, eerste lid, vervangen bij de wet van 18 juli 1990;

Gelet op het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap, artikel 102, § 1, eerste lid;

Gelet op het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren;

Gelet op het besluit van de Regering van 17 juli 2003 tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van bepaalde organismen van openbaar nut;

Gelet op het met redenen omklede advies van de directieraad van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, gegeven op 25 februari 2019;

Gelet op protocol nr. S2/19 van sectorcomité XIX van de Duitstalige Gemeenschap van 26 februari 2019;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 11 maart 2019;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-Président, bevoegd voor Begroting, d.d. 12 maart 2019;

Gelet op advies 65.700/3 van de Raad van State, gegeven op 17 april 2019, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2°, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Op de voordracht van de Minister-Président, bevoegd voor Personeel;

Na beraadslaging,

Besluit :

Artikel 1. - In artikel 3, § 1, tweede lid, 3°, van het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren, vervangen bij het besluit van de Regering van 19 januari 2017, worden de woorden "bijkomende of specifieke opdrachten te vervullen" vervangen door de woorden "taken te vervullen die uitsluitend door contractuele personeelsleden uitgeoefend worden en";

Art. 2. - (Geldt voor de Duitse tekst.)

Art. 3. - In artikel 71, elfde lid, van hetzelfde besluit, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 januari 2017, wordt het cijfer "25" vervangen door het cijfer "20".

Art. 4. - Artikel 74, § 2, van hetzelfde besluit, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 januari 2017, wordt opgeheven.

Art. 5. - In artikel 87.1 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 5 juli 2007, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013, worden de woorden "of contractuele personeelsleden" opgeheven;

2° het artikel wordt aangevuld met een derde lid, luidende :

"De toelage ondergaat de schommelingen van het indexcijfer der consumptieprijzen overeenkomstig de wet van 1 maart 1977 houdende inrichting van een stelsel waarbij sommige uitgaven in de overheidssector aan het indexcijfer van de consumptieprijzen van het Rijk worden gekoppeld. De spilindex is 138,01."

Art. 6. - Artikel 99, § 2, van hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 11 december 2003 en 19 januari 2017, wordt opgeheven.

Art. 7. - In artikel 101 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° het eerste lid wordt aangevuld met de volgende zin :

"Het gemiddelde wordt op basis van een referentieperiode van vier maanden berekend."

2° het tweede lid wordt opgeheven.

Art. 8. - Artikel 103, tweede lid, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003, wordt opgeheven.

Art. 9. - In artikel 106, § 1, tweede lid, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 januari 2017, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° de bepaling onder 2° wordt vervangen als volgt: "voor de periode van het verlof voor persoonlijke aangelegenheden;"

2° de bepaling onder 7° wordt opgeheven.

Art. 10. - In artikel 169, § 5, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013, wordt de tweede zin opgeheven.

Art. 11. - Artikel 182, tweede lid, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003, wordt opgeheven.

Art. 12. - Artikel 183, § 2, tweede lid, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003, wordt opgeheven.

Art. 13. - Artikel 2, § 1, tweede lid, van het besluit van de Regering van 17 juli 2003 tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van bepaalde organismen van openbaar nut, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 januari 2017, wordt aangevuld met een bepaling onder 5° en een bepaling onder 6°, luidende :

"5° bij indienstnemen naar aanleiding van een voltooide opleiding in een bedrijf die in de betrokken instelling gevolgd werd met toepassing van het besluit van de Regering van 10 september 1993 houdende oprichting en regeling van een stelsel voor opleiding in een bedrijf met het oog op de voorbereiding van de inschakeling van de mindervaliden in het arbeidsproces;

6° bij indienstnemen naar aanleiding van een voltooide opleiding die in de betrokken instelling gevolgd werd in het kader van een duale basisopleiding met toepassing van het decreet van 27 juni 2005 houdende oprichting van een autonome hogeschool, op voorwaarde dat de lerende zijn opleiding aangevat heeft naar aanleiding van een openbare oproep tot de gegadigden met betrekking tot de opleiding in de betrokken instelling."

Art. 14. - Artikel 6 van hetzelfde besluit, vervangen bij het besluit van de Regering van 19 januari 2017, wordt vervangen als volgt :

"Art. 6 - Taken die uitsluitend door contractuele personeelsleden uitgeoefend worden

Voor de uitoefening van de volgende taken geschieden uitsluitend indienstnemen bij arbeidsovereenkomst :

1° alle taken van de huishoudkundige dienst;

2° de ontvangst- en telefoondienst;

3° huismeestertaken;

4° in de tijd beperkte bijzondere opdrachten of in de tijd beperkte projectopdrachten;

5° de opleidingen van de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap;

6° alle taken van de diensten met afzonderlijk beheer "Mediacentrum" en "Gemeenschapscentra"."

Art. 15. - In artikel 9.2, tweede lid, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 19 januari 2017, wordt het cijfer "25" vervangen door het cijfer "20".

Art. 16. - Artikel 10 van hetzelfde besluit wordt aangevuld met een tweede en een derde lid, luidende :

"Een contractueel personeelslid verricht werkelijke diensten zolang geen vorm van schorsing van de uitvoering van zijn arbeidsovereenkomst voorligt waarbij zijn loon niet wordt uitbetaald.

In afwijking van het tweede lid wordt in volgende gevallen de duur van de schorsing als werkelijke dienst in aanmerking genomen :

1° de afwezigheden in het kader van een geboorte zoals bepaald in de artikelen 39 en 42 tot 43bis van de Arbeidswet van 16 maart 1971;

2° de afwezigheid wegens een georganiseerde werkonderbreking;

3° de afwezigheid in het kader van een loopbaanonderbreking;

4° ouderschapsverlof;

5° de dienstvrijstelling voor opdracht;

6° de verloven bepaald in artikel 117 van het besluit van de Regering van 27 december 1996."

Art. 17. - Het opschrift van hoofdstuk IIIbis wordt vervangen als volgt :

"Hoofdstuk IIIbis - Toepassing van verscheidene statutaire regelingen op de contractuele personeelsleden"

Art. 18. - Artikel 12.2 wordt vervangen als volgt :

"Art. 12.2 - Evaluatie

De artikelen 37 tot 40 van het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren zijn van toepassing op de contractuele personeelsleden."

Art. 19. - In hoofdstuk IIIbis van hetzelfde besluit wordt een artikel 12.3 ingevoegd, luidende :

"Art. 12.3 - Rechten, plichten, onverenigbaarheden en cumulaties

De artikelen 88 tot 91 van het besluit van de Regering van 27 december 1996 zijn van toepassing op de contractuele personeelsleden."

Art. 20. - In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 12.4. ingevoegd, luidende :

"Art. 12.4 - Evaluatie

Artikel 101 van het besluit van de Regering van 27 december 1996 is van toepassing op de contractuele personeelsleden."

Art. 21. - In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 12.5. ingevoegd, luidende :

"Art. 12.5 - Werkonderbreking

Artikel 103 van het besluit van de Regering van 27 december 1996 is van toepassing op de contractuele personeelsleden, waarbij de contractuele personeelsleden geen recht hebben op uitbetaling van een wedde tijdens de periode van de werkonderbreking."

Art. 22. - In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 12.6. ingevoegd, luidende :

"Art. 12.6 - Verloven en afwezigheden

De volgende verloven en afwezigheden die in hoofdstuk VIII van het besluit van de Regering van 27 december 1996 zijn vastgelegd, zijn van toepassing op de contractuele personeelsleden :

1° Afdeling 2 - Jaarlijks vakantieverlof en feestdagen, waarbij - voor de toepassing van artikel 106, § 1, tweede lid, op de contractuele personeelsleden en de inkorting van het jaarlijks vakantieverlof - ook rekening wordt gehouden met de periode waarin een wegens ziekte afwezig contractueel personeelslid geen recht op verderde uitbetaling van zijn loon heeft;

2° Afdeling 3 - Omstandigheidsverloven;

3° Onderafdeling 5.2 - Adoptieverlof;

4° Onderafdeling 5.3 - Ouderschapsverlof;

5° Afdeling 9 - Dienstvrijstelling voor opleiding of voortgezette opleiding;

6° Afdeling 10 - Opleidingsverlof;

7° Afdeling 11 - Dienstvrijstelling voor opdracht;

8° Afdeling 12 - Politiek verlof, waarbij - voor de toepassing op de contractuele personeelsleden - de arbeidsovereenkomst voor de perioden van politiek verlof op verzoek of van ambtswege geschorst wordt, maar bij de berekening van de geldelijke anciënniteit in aanmerking wordt genomen;

9° Afdeling 13 - Dienstvrijstelling om ter beschikking te worden gesteld van de Koning, een Prins of een Prinses van België;

10° Afdeling 14 - Dienstvrijstelling voor borstvoedingspauzes."

Art. 23. - Het bestaande artikel 13 van hetzelfde besluit wordt ingevoegd in hoofdstuk IIIbis.

Art. 24. - In hoofdstuk IV van hetzelfde besluit wordt een artikel 16.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 16.1 - Overgangsbepaling voor bijkomende beroepsactiviteiten

Artikel 12.3 is niet van toepassing op de bijkomende beroepsactiviteiten die uitgeoefend worden op grond van overeenkomsten die vóór 1 juni 2019 gesloten werden. De betrokken contractuele personeelsleden delen de Regering mee welke bijkomende beroepsactiviteiten ze uitoefenen en zenden haar de desbetreffende bewijzen toe tegen uiterlijk 30 september 2019. Als de bijkomende beroepsactiviteiten na het verstrijken van de termijn worden meegedeeld, dan vallen ze onder de aanvraagprocedure vermeld in artikel 89 van het besluit van de Regering van 27 december 1996.

Het eerste lid is niet van toepassing als het contractueel personeelslid reeds vóór 1 juni 2019 in het bezit is van een machtiging van de Regering als bedoeld in artikel 89 van het besluit van de Regering van 27 december 1996.

Art. 25. - Dit besluit treedt in werking op 1 juni 2019, met uitzondering van de artikelen 3 en 15, die uitwerking hebben met ingang van 1 januari 2019.

Art. 26. - De minister bevoegd voor Personeel is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 23 mei 2019.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :
De Minister-President,
O. PAASCH

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2019/203816]

23. MAI 2019 — Erlass der Regierung zur Festlegung des Stellenplans für das Personal des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Dekretes vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Artikel 102 § 1 Absatz 1;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 23. Mai 2019 zur Organisation des belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten, Artikel 8;

Aufgrund der begründeten Stellungnahme des Direktionsrates des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die am 30. April 2019 in Anwendung von Artikel 14 Absatz 1 des Erlasses der Regierung vom 23. Mai 2019 zur Organisation des belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten abgegeben wurde;

Aufgrund des begründeten Gutachtens des Basiskonzertierungsausschusses B für das Personal des Belgischen Rundfunk und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 16. Mai 2019;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 20. Mai 2019;